

S-Bahn-Chaos

Der Berliner Senat lässt sich vorführen. Ein Beitrag von Michael Cramer, verkehrspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament.

Seite 2

Parkplätze statt Jugendarbeit

Wie SPD und CDU in Neukölln die falschen Prioritäten setzen wollen

Seite 3

Integration statt Populismus

Ein grüner Standpunkt zur Sarrazin-Debatte und den Stellungnahmen des Neuköllner Bürgermeisters

Seite 4

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 171, November 2010

NEUKÖLLN SOZIAL UND ÖKOLOGISCH ERNEUERN

Soziale Stadt im Klimawandel

Am 12. November 2010 findet die 2. Neukölln-Konferenz von Bündnis 90/Die Grünen statt. Die vom Senat auf dem Tempelhofer Feld geplante Internationale Bauausstellung (IBA) setzt die falschen Schwerpunkte. Kann sie zum sozial-ökologischen Modellprojekt für Nord-Neukölln weiterentwickelt werden? Darüber wollen wir mit Anwohner_innen und Expert_innen diskutieren. Reden Sie mit!

Anderthalb Jahre ist es her, dass Bündnis 90/Die Grünen zur ersten Neuköllnkonferenz luden. Den Anlass lieferte Hartmut Häußermann mit seinen Untersuchungen zur sozialen Situation in Neukölln. Der Soziologie-Professor der Humboldt-Universität hatte Erschreckendes zu vermelden. Etwa, dass im Norden Neuköllns mehr als 70% der Kinder von staatlichen Transferleistungen abhängig sind – ein deutschlandweit einmaliger Wert.

Seither hat sich einiges verändert – vieles ist aber auch gleich geblieben. Das Tempelhofer Feld ist endlich geöffnet – und wird vor allem von Neuköllner_innen zur Naherholung genutzt. Die Angst vor steigenden Mieten und Verdrängung hat in Neukölln Einzug gehalten. Aber die sozialen Probleme sind nach wie vor ungelöst – und verschärfen sich teilweise weiter. Die Probleme an den Schulen existieren fort, der Bildungserfolg ist wie eh und je von der sozialen Lage der Eltern abhängig. Die Neuköllner Jugendarbeit ist weiterhin drastisch unterfinanziert, auch wenn die drohenden Schließungen von Jugendeinrichtungen verhindert werden konnten. Wichtige soziale Arbeit findet immer noch viel zu oft nur in befristeten Projekten statt, weil das Geld für die Regelfinanzierung fehlt.

Für 2020 plant der Senat eine internationale Bauausstellung (IBA) auf dem Tempelhofer Feld. Für uns ist klar: eine Planung für das Tempelhofer Feld kann es nicht losgelöst von den benachbarten Kiezen und nicht ohne weitgehende und ernstgemeinte Beteiligung der Anwohner_innen geben. Alle Bauprojekte müssen aus den benachbarten Quartieren gedacht werden. Einen abgeschirmten Fremdkörper mit möglicherweise preisgekrönter Architektur, aber ohne Bezug zu Neukölln darf es auf der anderen Seite der Oderstraße nicht geben!

Im Gegensatz zum bis heute vagen und unkonkreten Senatskonzept schlagen wir eine IBA mit dem Schwerpunkt auf Nord-Neukölln statt mit dem Schwerpunkt Tempelhofer Feld vor. Entsprechend der sozial-ökologischen Zielsetzung soll sich das Aktionsgebiet von der Oderstraße bis hin zur Karl-Marx-Straße erstrecken. In



Vor anderthalb Jahren diskutierten über 100 Teilnehmer_innen auf Einladung von Bündnis 90/Die Grünen über Strategien für Neukölln. Am 12. November gibt es die Fortsetzung. Foto: Jochen Biedermann

den dicht bebauten Altbauquartieren gibt es viel tun. In vielen Häusern sind energetische Sanierungen dringend notwendig – durch schlecht isolierte Wohnungen werden jedes Jahre Unmengen von Energie unnötig verschleudert. Nach jetzigem Bundesrecht können solche Sanierungen über teils drastische Mieterhöhung auf die Mieter_innen umgelegt werden. Im Gegensatz zum rot-roten Senat wollen wir die IBA zu einem Musterprojekt machen, wie eine energetische Sanierung ohne unzumutbare Mieterhöhungen und damit einhergehende Verdrängung erreicht werden kann. Entscheidend ist dabei die Warmmiete – schließlich interessiert Mieter_innen die Höhe ihre Miete, nicht wie sich diese zusammensetzt. Das kann nur über klare Rahmenbedingungen und gesetzliche Auflagen erreicht werden, die Voraussetzung für eine öffentliche Förderung sein müssen.

Gleichzeitig wollen wir einen eindeutigen Schwerpunkt auf die öffentliche Infrastruktur legen. Bei Kitas, Jugendeinrichtungen, Schulen und Sportstätten gibt es erheblichen Sanierungsbedarf und eine eklatante Unterversorgung. Wir wollen für alle Kindern in Neukölln optimale Lernbedingungen schaffen – auch und gerade für die, die zu Hause nicht optimal gefördert werden. Dazu gehört ein neuer Bildungscampus. Auf dem Tempelhofer Feld gäbe es die Möglichkeit, einen neuen Bildungsstandort von der Kita an bis zum Schul- oder Berufsabschluss zu denken und zu planen – ohne die erheblichen Reibungsverluste bei der Zusammenführung bestehender Struk-

turen, die etwa beim Campus Rütli zu verzeichnen sind. Der Bedarf dafür ist eindeutig vorhanden – gibt es doch im gesamten Schillerkiez keine wirkliche weiterführende Schule.

Ob, was und wieviel auf dem Tempelhofer Feld gebaut werden soll ist auch unter uns Bündnisgrünen umstritten. Seit der Öffnung haben nicht wenige den Reiz der Freifläche mit ihrer weiten Sicht für sich entdeckt – und lehnen eine Bebauung daher ab. Andere sind der Meinung, dass dem Mietendruck, der neben Neukölln fast die ganze Innenstadt betrifft, ohne neue Wohnbebauung nicht beizukommen sein wird. Kann hier Wohnungsneubau Entlastung bringen? Wie müsste dieser aussehen und auf welchen Fläche könnte er entstehen?

Wie geht energetische Modernisierung zu bezahlbaren Wohnkosten? Wo liegt der Bedarf bei Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen? Ist die Städtebauförderung ein tragfähiges Instrument für dieses Projekt? Trägt die Idee einer sozial-ökologischen IBA für Neukölln?

Diese Punkte und noch mehr wollen die Bündnisgrünen Fraktionen im Abgeordnetenhaus und in der Neuköllner BVV gerne mit Ihnen diskutieren und laden Sie daher herzlich zur 2. Neukölln-Konferenz ein – am Freitag, den 12. November von 12.30 - 20:30 Uhr im Interkulturellen Zentrum Genzareth. Das genaue Programm sowie weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite www.gruene-neukoelln.de.

Jochen Biedermann

NEUKÖLLNS SCHÖNE SEITEN

Der Rasen ist grün - und der Ball ist kunterbunt



Bild: Kollektive Wahrnehmung / flickr.com

Das Runde muss ins Eckige und ein Spiel hat 90 Minuten. So leicht lässt sich Fußball erklären. Doch dass dieser Sport nicht nur der beliebteste Sport in Deutschland ist, sondern auch die Völker verbindet, haben wir spätestens bei der WM im eigenen Land 2006 gelernt.

Dass Integration viel mehr ist, als eine Debatte die in Büchern und in Talkshows von Sarrazin, Seehofer & Co geführt wird, zeigt nun das erfolgreiche Miteinander beim Fanfest zum EM-Qualifikationsspiel zwischen der Türkei und Deutschland. In vielen Kneipen in ganz Neukölln fieberten tausende Fans beider Teams friedlich mit.

Selbst für Fußballmuffel war die Aufregung und das Kribbeln in Neukölln zu spüren. Die Flagge mit dem Halbmond war allgegenwärtig, sie wehte von Balkonen, hing an Autofenstern und funkelte einem auf Trikots entgegen. Knapp zwei Drittel der Zuschauer im Olympiastadion und ein Großteil der Fans beim Fanfest jubelten den Rot-Weißen zu. Die Hoffnung vieler türkischer Fans, einen „Auswärtssieg zu Hause“ zu holen, wurde spätestens mit dem 3:0 in der in der 89. Minute durch Miroslav Klose zerstört. Und trotz der Niederlage der Türken blieb es friedlich im sogenannten Problembezirk Neukölln. Deutsche und Türken feierten bis tief in Nacht.

Besonders gebannt schauten sowohl Türken als auch Deutsche auf das Ausnahmetalent Mesut Özil, der

sich trotz starkem Interesse aus der Türkei für eine Karriere beim DFB entschied. Dieser feierte sein Tor in der 79. Minute relativ leise, da er bis dahin bei Ballbesitz mit Pfiffen begleitet wurde. Doch die Stimmen der Fans nach dem Spiel waren versöhnlich. Viele sehen auch einen kleinen Sieg für die Türkei in Özils Tor, schließlich sei dessen Großvater in der Türkei geboren und der gläubige Moslem Özil habe niemals seine Wurzeln vergessen.

Ein Blick auf die deutsche Nationalmannschaft zeigt, Fußball trägt beachtlich zur Integration bei: Neben den Torschützen Klose und Özil haben auch andere Stammspieler wie Podolski und Cacau ihre Wurzeln in anderen Ländern.

Trotz der Erfolgsgeschichte der Integration durch Fußball bleibt noch viel zu tun, weiterhin werden viele Fußballspieler mit Migrationshintergrund auf Grund ihrer Kultur oder Religion diskriminiert. Doch die aktuelle Nationalmannschaft zeigt, das Zusammenspiel zwischen Özil, Klose und Schweinsteiger ist so sicher wie der Ball rund ist.

Übrigens: Wo sich die Herren Sarrazin, Seehofer & Co das Spiel angeschaut haben, ließ sich bis zum Redaktionsschluss nicht ermitteln, aber eine Einladung für die Herren, sich das nächste Länderspiel gegen die Türkei in Neukölln anzuschauen, sprechen wir hiermit gerne aus!

Milena Oschmann

Grüne Geschäftsstelle derzeit geschlossen

Unsere Geschäftsstelle in der Berthelsdorfer Straße 9 ist auf Grund von Renovierungsarbeiten zur Zeit geschlossen und daher vorerst nur per Mail [info\(at\)gruene-neukoelln.de](mailto:info(at)gruene-neukoelln.de) oder in dringenden Fällen unter 0160-960 98 139 zu erreichen.

Daher finden auch die Bezirksgruppensitzungen an anderen Orten statt, die wir auf unserer Website gruene-neukoelln.de jeweils rechtzeitig mitteilen. Wir entschuldigen uns für die Unannehmlichkeiten.

Grüner Rollladen im Moment leider unten.

Bild: Carola Scheibe-Köster

Der Berliner Senat lässt sich von der Bahn vorführen

Die Berliner sind fassungslos über das endlose S-Bahn-Chaos. Selbst Bomben und Granaten im Zweiten Weltkrieg haben keine wochenlangen Betriebsunterbrechung der S-Bahn geschafft – das gelang erst der Profitgier der Deutschen Bahn AG. Die Politik muss nun endlich handeln und den Verkehrsvertrag kündigen.

Von Michael Cramer, Mitglied des Europaparlaments

Die Deutsche Bahn AG hat den Fahrgast vom „Beförderungsfall“ zum „Abzockfall“ degradiert. Über die jeweiligen Begründungen für die Betriebsausfälle kann man nur den Kopf schütteln. Erst waren es die Räder, dann die Bremsen, jetzt die Kälte. Als gäbe es zum ersten Mal Frost. Da fällt mir nur der alte DDR-Witz ein: Die vier größten Feinde des Sozialismus sind Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Und was macht der Berliner Senat? Er zieht aus dem Missmanagement keinerlei Konsequenzen. Er lässt sich vorführen und lamentiert, anstatt zu agieren. Wer kündigt eigentlich nicht seine Leasing-Raten, wenn das Auto permanent nicht funktioniert?

Chaoswirtschaft in Permanenz kann sich nur ein Monopolist leisten. Deshalb darf es keine Monopole geben – weder in staatlicher noch in privater Hand. Der Wettbewerb von Transportunternehmen ist im Interesse der Fahrgäste, wenn das Schienennetz unter staatlicher Kontrolle bleibt. Denn wie Hartmut Mehdorn

immer betonte: „Wer das Netz kontrolliert, ist der Master of Business.“

Wettbewerbsverbot im Nahverkehr?

Wettbewerb ist im Schienenpersonennahverkehr von der EU nicht vorgeschrieben – aber er ist auch nicht verboten! Bundesländer wie Schleswig-Holstein und Brandenburg haben darauf gesetzt und vermeiden mehr und zufriedenerer Fahrgäste. Brandenburg hat nur durch die Ausschreibung die Kosten der Bahn von 250 auf 200 Mio. Euro gesenkt. In Berlin wäre das selbe möglich, wenn der rot-rote Senat sich für die Ausschreibung entscheiden würde.

Grottschlecht verhandelt!

Das Mindeste, was man heute vom Senat erwarten darf, ist die Akzeptanz der Kündigung eines Vertrages, den die S-Bahn durch Nicht-Vollzug schon vor Monaten quasi ge-



Foto: flickr/bindonlane

kündigt hat. Deshalb muss der Senat sofort beschließen, dass in Zukunft der S-Bahnverkehr ausgeschrieben wird. Offensichtlich hat der Senat Angst davor, dass nach Kündigung und Neuausschreibung für alle erkennbar wird, dass er grottschlecht verhandelt hatte. Wer deshalb weiterhin für gutes Geld schlechte Leistung bestellt und die positiven Beispiele in der nationalen und internationalen Nachbarschaft ignoriert, der sollte abtreten!

Michael Cramer, verkehrspolitischer Sprecher von Bündnis90/Die Grünen im Europaparlament

Entschließung gegen Kürzung der Städtebauförderung

Die Bezirksverordnetenversammlung Anfang Oktober hat sich in einer Entschließung mit großer Mehrheit gegen die von der schwarz-gelben Regierung geplante Kürzung der Städtebauförderung ausgesprochen.

Mit diesen Mittel werden in Neukölln unter anderem viele Maßnahmen des Quartiersmanagement finanziert. Es ist eines der wenigen Programme, mit dem gezielt Mittel in Quartiere mit vielen sozialen Problemen gelenkt werden können.

Berlin erhielt aus diesem Programm bisher 30 Millionen Euro im Jahr, künftig sollen es 7,5 Millionen weniger sein. Welche Auswirkungen diese Kürzungen für Neukölln haben wird, konnte das Bezirksamt auf grüne Nachfrage (noch) nicht beantworten. Auch wenn die Entschließung wohl kein Gehör finden wird, so ist doch erfreulich, dass sich auch die Neuköllner CDU gegen die Politik der Bundesregierung ausgesprochen hat. (jb)

Neuer Standort für die Clay-Oberschule

Der Plan, für den Neubau der Clay-Oberschule das letzte unbebaute Feld zu opfern, stieß bei vielen Rudower_innen auf Protest und war auch unter den Neuköllner Bündnisgrünen umstritten. Besonders die sich an diesem Beispiel besonders deutlich zeigende mangelnde Dialogbereitschaft des Neuköllner Bezirksamtes mit den Bürger_innen haben wir mehrfach kritisiert. Einwendungen von Bürger_innen werden von der Neuköllner Politik leider viel zu oft ignoriert und die eigene Position als alternativlos dargestellt. Die neue Entwicklung bei der Clay-Oberschule zeigen nun, dass es auch anders geht. Unter der neuen Bildungsstadträtin, Dr. Franziska Giffey (SPD), wurden Hinweise auf einen Alternativstandort auf einem Gelände des Liegenschaftsfonds erfreulicherweise ernst genommen. Anstatt auf dem Rudower Feld soll die Schule nun auf einer bereits versiegelten ehemaligen Industriefläche erbaut werden. (jb) Siehe dazu auch Artikel auf Seite 3.

GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr; auf Grund der z.Zt. stattfindenden Renovierungsarbeiten in der Geschäftsstelle (siehe 1. Seite) an wechselnden Orten, die Sie unserer Website entnehmen können (www.gruene-neukoelln.de). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und Tagesordnung finden Sie (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de. Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!

BÜRGER_INNENBETEILIGUNG STÄRKEN!

Öffentliche Sitzungen des Petitionsausschusses und Onlinepetitionen für Berlin umgehend einführen

Anja Kofbinger, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, frauenpolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen sowie Lesben- und schwulenpolitische Sprecherin der Fraktion und Mitglied im Petitionsausschuss fordert mehr Transparenz und Bürger_innenbeteiligung im Petitionsverfahren

Mit den Instrumenten der direkten Demokratie hat Berlin in den letzten Jahren bereits viele Erfahrungen gesammelt. Diese laufend zu evaluieren und zu verbessern, ist unser Ziel.

Wir wollen mit den positiven Erfahrungen der Onlinepetitionen auf Bundesebene und den Erfahrungen der Umsetzung auf Landesebene (z.B. Bremen) im Rücken zeitnah die Möglichkeit für Onlinepetitionen in Berlin schaffen. Wir sehen darin eine gute Möglichkeit, Regierende und Regierte wieder näher zueinander zu bringen.

Der Petitionsausschuss ist der einzige Ausschuss, in dem alle Parteien um die beste Lösung im Sinne der Bürgerin oder des Bürgers ringen, (meist) ohne die Parteiinteressen in den Vordergrund zu stellen. Hier sind über die Parteigrenzen hinweg auch unübliche Bündnisse möglich. Hier von sollte der „regierte Teil“ der Bevölkerung unseres Erachtens stärker in Kenntnis gesetzt werden, hieran soll er aber auch stärker partizipieren. Das Verfahren, so wie wir es kennen, ist im Prinzip gut und erfolgreich. In jeder Legislaturperiode werden ca. 30 % der Eingaben und Beschwerden

für die Petent_innen positiv beschieden.

Petitionen in öffentlichen Sitzungen behandeln

Das Manko dieses Verfahrens ist die nicht öffentliche Sitzung. Hier muss man auch im eigenen Interesse gegensteuern. In Bayern werden die Petitionsausschüsse in der Regel öffentlich abgehalten. Dies ist schon seit der Konstituierung so. Nach langem Hin und Her hat sich auch der Bundestag im Jahr 2008 dazu entschlossen, alle sechs bis acht Wochen eine Sitzung mit ausgesuchten Petitionen öffentlich stattfinden zu lassen. Die Petent_innen werden eingeladen, ebenso die für diese Beschwerde maßgeblichen Personen aus den Behörden und Ministerien, wie z. B. Staatssekretär_innen. Publikum ist zugelassen. Nach übereinstimmender Auskunft unserer Kolleg_innen aus dem Bundestag stößt dieses Verfahren auf großes Interesse und große Zustimmung der Bevölkerung. Der bekannteste Fall der letzten Zeit ist sicherlich die Petition der Hebammen, die sich durch eine Onlinepetition

in kürzester Zeit einen riesigen Zuspruch verschafft hatten – und so auch Teil der öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses wurden. Damit kommen wir auch gleich zum nächsten wichtigen Partizipationsinstrument – der Onlinepetition.

Onlinepetitionen - Demokratie per Mausclick

Die Onlinepetition wurde ebenfalls durch den Petitionsausschuss des Bundestages populär gemacht. Nach schleppendem Beginn stieß die Onlinepetition im Laufe der wenigen Jahre, die sie existiert, auf immer mehr Gegenliebe bei der „normalen“ Bevölkerung, die in diesem Instrument eine gute Möglichkeit sieht, auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Auch wenn sich die Expert_innen immer noch über den Erfolg streiten: In der Gesellschaft ist die Onlinepetition angekommen. Viele können sich wahrscheinlich an die eine oder andere Aufforderung zur Unterzeichnung einer Onlinepetition per Email erin-

nern. Deshalb ist die Onlinepetition auch ein Muss für Berlin.

Schon während der laufenden Legislaturperiode haben wir versucht, den nicht öffentlich tagenden Petitionsausschuss davon zu überzeugen, dass wir uns mit diesem Instrument der sowohl internetaffinen als auch teilweise politikverdrossenen Klientel der 15 bis 29-Jährigen öffnen können. Aber nach Auskunft der jeweiligen Vorsitzenden scheiterte dies immer an den nicht vorhandenen Geldmitteln. Dabei besteht die Möglichkeit, sich dem System des Bundestages anzuschließen und so den finanziellen Aufwand möglichst gering zu halten.

Onlinepetitionen und öffentliche Sitzungen des Petitionsausschusses sind wichtige Eckpfeiler des von uns angestrebten neuen transparenten Regierungsstils des „Green Government“.



Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel,
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin

V.i.S.d.P.:
Jochen Biedermann, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Str., 9, 12043 Berlin, Tel: 0163-2891707

Mitarbeiter_innen dieser Ausgabe:
Jochen Biedermann, Jürgen Biele, Michael Cramer, Susanna Kahlefeld, Anja Kofbinger, Christian Kölling, Martin Kupfer, Susanne Lippert, Milena Oschmann, Müjgan Percin, Monika Roth, Carola Scheibe-Köster, Michael Schröter, Frany Segbers, Katharina Ugowski, Gabriele Vonneckold, Bertil Wewer.

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der/die jeweilige AutorIn die Verantwortung.

Druck: Caro-Druck GmbH
Vorstandssprecher_innen:
Katharina Ugowski,
Tel: 0170-5403118
André Schulze
Tel: 0162-6458710

Internet:
<http://www.gruene-neukoelln.de>
E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

UNSOZIALE POLITIK VON SPD & CDU

Parkplätze statt Jugendarbeit?

Erneute Kürzungen im Jugendhaushalt durch die Hintertür: So manches Mal verstecken sich böse Überraschungen hinter bürokratischen Wortungetümen wie „Bezirksdoppelhaushaltsplan 2010/2011 - Fortschreibung der Globalsumme 2011“ - so die vom SPD- und CDU-dominierten Neukölln Bezirksamt beschlossene Vorlage.

Der Hintergrund: Die Haushaltspläne der Bezirke, also die Aufstellungen darüber, wieviel wofür ausgegeben darf, werden immer für zwei Jahre im Voraus festgelegt. Dieser Doppelhaushalt für 2010 und 2011 sieht die Einsparung von 4 Millionen im Bereich der *Hilfen zur Erziehung (HzE)* vor. Diese gesetzliche Pflichtaufgabe reicht von häuslicher Familienhilfe bis zur zwangsweisen Heimunterbringung. Zur Absicherung der Einsparziele waren der Jugendstadträtin „freiwillige“ Mittel im Jugendbereich

gesperrt (die de facto nicht freiwillig, sondern unverzichtbar sind). Im Juli stand die Zukunft fast aller Neuköllner Jugendeinrichtungen auf der Kippe, weil SPD, CDU und FDP den Einsparerfolgen der grünen Jugendstadträtin Gabi Vonnekold keinen Glauben schenken wollte. Inzwischen werden diese nicht einmal mehr von SPD-Bürgermeister Buschkowsky bestritten - die Schließung von Jugendeinrichtungen ist damit erstmal vom Tisch.

Doch jetzt sollen per „Haushaltsplanfortschreibung“ in 2011 auf einmal im Jugendbereich weitere 600.000 Euro eingespart werden - an der Bezirksverordnetenversammlung vorbei. Lediglich der nichtöffentlich tagende Hauptausschuss soll darüber befinden. Und das obwohl der Bezirk für den HzE-Bereich vom Senat zusätzliche Mittel bekommt und das Defizit damit weitgehend abgebaut wer-

den konnte. Insgesamt erhält Neukölln für 2011 15,7 Millionen Euro mehr als ursprünglich vorgesehen. Dieses Geld soll unter anderem für so interessante Dinge wie für den „Kulturstandort Britz - Außenanlagen“ (450.000 Euro) oder den „Parkplatz Albert-Einstein-Schule“ (450.000 Euro) ausgegeben werden.

Dabei ist klar: die Jugendsozialarbeiter_innen und Mitarbeiter_innen des Jugendamtes haben ihr Äußerstes getan, um die Einsparungen zu erreichen. Jetzt weiter zu sparen ist nicht nur verantwortungslos, sondern würde die Gefahr von schweren Kinderschutzfällen und damit einhergehenden dramatischen Folgekosten erhöhen. Solch spektakuläre Fälle sind unserem Bezirk trotz seiner schwierigen sozialen Situation Gott sei Dank bisher erspart geblieben.

Jochen Biedermann

NEUES AUS DEM RATHAUS

Was macht eigentlich die Bezirksverordnetenversammlung?

Die Bezirksverordnetenversammlung besteht aus 55 gewählten Vertreter_innen der Einwohner Neuköllns, ähnlich wie ein Parlament gegliedert in Fraktionen der bekannten Parteien. Sie ist rechtlich betrachtet aber kein Organ der Legislative, sondern als Kontrollgremium Teil der Verwaltung.

Dementsprechend befasst sich die BVV überwiegend mit kommunalpolitischen Themen, diese reichen mitunter vom Weltkulturerbe bis zum Dixie-Klo. Die Tagesordnung der letzten Sitzung vom 6. Oktober ging von A wie Aktionstage des Ordnungsamtes (sollten dem Nichtrauchererschutz dienen, Antrag der Grünen wurde abgelehnt) bis Z wie Zukunft des „Kids Garden“ (wird nicht verschwinden, sondern in Kita Neubau integriert, so der Abschlussbericht der grünen Stadträtin Gabi Vonnekold).

„Lästige“ fragende Bürger

Am Beginn stand die nur gelegentlich stattfindende Bürgerfragestunde. Den Bürgern wurde dabei vom Präsidium vermittelt, dass sie als lästig empfunden werden, zu Wortbeiträgen waren sie nicht berechtigt.

Ernsthaft gestritten wurde über

Schulbelange, insbesondere das „jahrgangsübergreifende Lernen – JÜL“ wurde kritisch hinterfragt. Unnötigen Raum nahm im Verlauf der Sitzung eine absurd anmutende Debatte über die Bewertung des Umgangs des Bundes mit den Zuschüssen zu den Integrationskursen ein. Obwohl einig in der Bewertung, dass das Geld nicht reicht, wollte die CDU nicht von Kürzung sprechen.

Anträge der Grünen zu verstärkter Bürgerinformation in der Hufeisensiedlung und zur Abwehr von Fluglärmbelastungen für Neuköllner Bürger durch den neuen Großflughafen BBI sowie diverse Anträge der SPD zu Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Reuterkiez wurden in Ausschüsse überwiesen. Direkt beschlossen wurde eine Straßen-Baumpflanzaktion noch in diesem Herbst.

Überraschung kurz vor Schluss

Kurz vor Schluss überraschte die Schulstadträtin Giffey mit einer echten Neuigkeit zu den Planungen für den Neubau der Clay-Oberschule im südlichen Rudow: Der umstrittene Bauplatz auf dem letzten freien Feld zwischen Neuhofer Straße und Ostburger Weg wird aufgegeben, die Bildungseinrichtung soll jetzt an der Grenze zu Treptow auf einem ehe-

maligen Lagerplatz der Eternitwerke an der August-Froehlich-Straße und dem Neudecker Weg entstehen. Für den neuen Standort spricht einiges. Die Senatsverwaltung wird ihm noch zustimmen müssen, denn ohne Änderung von Flächennutzungsplan und Stadtentwicklungsplan Gewerbe ist die Idee nicht umzusetzen.

Besuch der Website lohnt sich

Die erwähnten Anträge und Besprechungsthemen sind eine willkürliche Auswahl des Autors. Die vollständige Tagesordnung und der Text der Anträge ist zu finden unter <http://www.berlin.de/ba-neukoelln/bvv-online/allris.net.asp>

Den Link „Bezirksverordnete Login“ sollte man / frau ignorieren, auch Außenstehende kommen direkt an alle relevanten Informationen heran.

Martin Kupfer



Foto: Jochen Biedermann

DIE JUGENDSTADTRÄTIN HAT DAS WORT:

Neue Netze für Neuköllner Kinder und Jugendliche

von Gabriele Vonnekold

Die Arbeit des Jugendrechtshauses im Jugendzentrum Lessinghöhe war so erfolgreich, dass es nötig wurde, die vorhandenen Kapazitäten auf den Bedarf des Neuköllner Nordens zu konzentrieren und ein zweites Angebot im Süden zu machen.

Neukölln hat ein zweites Kinder- und Jugendrechtshaus für den Süden des Bezirkes.

Nach intensiver Vorbereitung und Netzwerkarbeit konnte jetzt das Kinder- und Jugendrechtshaus im Jugend-Kultur-Zentrum Wutzkyallee eröffnet werden. Es wendet sich an Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 18 Jahren und bietet ehrenamtliche Beratung durch Anwälte im Einzelfall (telefonisch und in Sprechstunden), aber auch Workshops und Veranstaltungen. Es soll alle Bereiche abdecken, wo Recht für Kinder und Jugendliche relevant werden kann, z.B.: Grundrechte, Information über und Hilfe bei der Durchsetzung von Kinderrechten, Taschengeld, Jugendschutz, Verträge, Beratung und Hilfe für Opfer von Mobbing oder Straftaten, Beratung und Begleitung für Delinquenten. Aufklärung über Rechtsnormen erweist sich als nötig, z.B. um Kindern und Jugendlichen deutlich zu machen, das „Abziehen“ keine „coole Action“ ist, sondern eine Straftat. Kinder und Jugendliche werden darüber informiert, wie Straftaten verfolgt und Recht durchgesetzt wird, wer daran beteiligt ist und wie man zu „seinem Recht“ kommt. Das Verhältnis zur Polizei soll entkrampft und ein Vertrauen zwischen Kindern und Jugendlichen und Polizisten erreicht werden, das Konflikte minimiert.

Sieben Schulen im Kooperationsnetzwerk vertreten

Besonders positiv ist, dass neben den ehrenamtlich tätigen Anwälten, der Polizei und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes auch bereits zum Start sieben Schulen im Kooperationsnetzwerk vertreten sind. Dieses Netz soll helfen, dass alle Kinder und Jugendlichen zu „ihrem“ Recht kommen und das Miteinander in Familie, Schule und Nachbarschaft friedlich und auf Respekt gegründet abläuft.

Ein weiteres Netz für Kinder und Jugendliche in der südlichen Gruppiusstadt hat sich mit der „Bildungsmeile Wutzkyallee“ gegründet.



Hier haben sich Schulen, Kindertageseinrichtungen und Jugendeinrichtungen zusammengeschlossen, um die Bildungswege der Kinder und Jugendlichen gemeinsam besser zu begleiten und die Übergänge zu erleichtern. Durch eine enge Zusammenarbeit sollen die Kommunikation verbessert und die unterschiedlichen Möglichkeiten der einzelnen Einrichtungen auch für andere nutzbar gemacht werden. Die Einrichtungen der Bildungsmeile öffnen sich ihrer Umgebung, beziehen Eltern, Nachbarschaft, Wirtschaft und Beratungseinrichtungen in ihre Arbeit ein, um eine umfassende Förderung aller Kinder und Jugendlichen zu erreichen.

Kreativität, Mut und Elan eröffnen Möglichkeiten auch bei knappen Mitteln

Eine gute Bildung für alle und ein friedliches Zusammenleben der Nachbarschaften zu gewährleisten, sind die zentralen Aufgaben für eine lebenswerte Zukunft. Über „Bildungsferne“ und „Integrationsunwilligkeit“ schwadronieren gegenwärtig viele. Praktisch folgt daraus allerdings wenig. Auch in Neukölln sind die Kassen leer und die Bedarfe groß, aber hier wird nicht rumlamentiert, sondern gehandelt. Da wo die Mittel begrenzt sind, wird mit viel Kreativität, Mut und Elan dafür gesorgt, dass aus dem Vorhandenen das Optimum herausgeholt wird. Gemeinsam werden Projekte gestemmt, die eine Einrichtung allein überfordern würde. Ich bin sehr froh, in einem Bezirk für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen arbeiten zu können, wo so viele Menschen nicht nur über die Probleme klagen, sondern sich zusammenschließen, um sie mit vereinten Kräften anzugehen. All diesen Menschen bin ich herzlich dankbar und wünsche den beiden neuen Netzwerken viel Erfolg.

Rechtsradikale Anschläge auf die grüne Geschäftsstelle

In der Nacht zu Mittwoch, den 18. August, wurde die Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln erneut von Rechtsextremen heimgesucht. Das Türschloss wurde zunächst unbrauchbar gemacht, die Rolläden beschmiert, und auf die Hauswand wurde „Rache für Rudolf Heß“ gesprüht. Auch das Parteibüro der Linken und die Galerie Olga Benario waren von rechtsextremistischen Anschlägen betroffen.

Wer denkt, dass wir uns durch solche feigen Attacken einschüchtern lassen

und von unserem Kampf gegen Rechts-Extremismus Abstand nehmen, der hat sich getäuscht!

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln werden in jedem Falle weiterhin Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie mit allen demokratischen Mitteln bekämpfen.

Unter anderem gehören die Grünen von Neukölln dem neuen Bündnis Neukölln „Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt“ an, welches sich am 18. Februar 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Das

Bündnis verfasste bereits Aufrufe zu mehreren Kundgebungen gegen Nazi-Veranstaltungen, u.a. am ersten Mai und am 17. Juni 2010. In ihm sind 15 Vereine, Kirchen und Parteien organisiert, die Informationen über rechte Aktivitäten im Bezirk sammeln, Aktionen planen und gemeinsam aufrufen. Aktive Einzelpersonen sind ebenso wie Vereine und Organisationen herzlich willkommen, um gemeinsam Zeichen zu setzen.

Carola Scheibe-Köster,
Susanna Kahlefeld,
Susanne Lippert



Foto: Carola Scheibe-Köster

5 Euro – Mehr hat Schwarz-Gelb für Hartz-IV-Empfänger_innen nicht übrig

Bedurfte es noch eines Beweises für die himmelschreiende Unsozialität schwarz-gelber Politik? Mit dem neuen Hartz-IV-Regelsatz liegt der jetzt auf dem Tisch: Ganze 5 Euro bekommen Erwachsene pro Monat mehr, Kinder gar nichts. Wie großzügig von einer Regierung, die sonst mit vollen Händen Milliardengeschenke an Hoteliers, Banken und Atomkonzerne verteilt. Wie großzügig auch, dass die Regierung darauf verzichtet, die Hartz-IV-Sätze für Kinder zu kürzen. Ja, liebe Leser_innen, Sie haben richtig gelesen: kürzen. Das kam nämlich bei der Neuberechnung heraus – obwohl das Bundesverfassungsgericht angemahnt hatte, den höheren Bedarf z.B. für die Bildung von Kindern und Jugendlichen explizit zu berücksichtigen. Wie die schwarz-gelben Rechenexperten darauf kamen, dass Kinder aus Hartz-IV-Familien derzeit eigentlich zu viel Geld haben, wird wohl ihr Geheimnis bleiben.

Einen Rechenrick gaben sie indes offen zu: Bisher wurde der Hartz-IV-Bedarf – alle paar Jahre – anhand der unteren 20 Prozent der Einkommen berechnet. Was für ein Schreck im Bundesarbeitsministerium, als bei der Neuberechnung herauskam, dass der Regelsatz für Alleinstehende aktuell auf etwa 420 Euro steigen müsste! Das ist übrigens der Betrag, den die Grünen seit Langem fordern. Aber die Beamten wussten sich zu helfen und probierten, was der Computer ausspuckt, wenn sie die unteren 15 Prozent als Berechnungsgrundlage eingeben. Siehe da: nur 5 Euro mehr als heute. Da war die Erleichterung sicher groß. Unter diesen unteren 15 Prozent sind aber jede Menge „Aufstocker“, also Menschen, die trotz Arbeit von Hartz IV abhängig sind. Die Unternehmen sparen auf Kosten der Allgemeinheit an den Löhnen,



„Wir haben die Kraft Ihr Hartz IV zu kürzen“ – ein (fast) gehaltenes Wahlversprechen.
Foto: Foto Biedermann

Schwarz-Gelb wehrt sich hartnäckig gegen einen gesetzlichen Mindestlohn - und berechnet den Bedarf der Ärmsten nach dem Bedarf der Zweitärmsten. Soziale Kälte? Ach was, die leben doch alle in „anstrengungslosem Wohlstand“.

Damit nicht genug der Härten. Die Kommunen sollen künftig die Kosten der Unterkunft pauschalieren können. Viele Hartz-IV-Empfänger_innen bleiben so mit Sicherheit auf einem Teil ihrer Wohnkosten sitzen – und die Sozialgerichte dürfen sich schon mal auf eine neue Klagewelle einstellen. An anderer Stelle streicht Schwarz-Gelb den Kommunen 10 Milliarden Euro pro Jahr, bei den sozial Schwächsten sollen sie sich das fehlende Geld nun teilweise zurückholen. Wir Grüne fordern, dass sich der Bund stattdessen endlich angemessen an den tatsächlichen Unterkunftskosten beteiligt. Menschenwürdiges Wohnen für Hartz-IV-Empfänger_innen statt Subventionierung von Hotels – das wär’s.

Auch bei den Sanktionen langt Schwarz-Gelb noch einmal kräftig zu. Statt Leistungsberechtigte schrift-

lich über ihre Rechte und Pflichten zu informieren, soll es künftig reichen, dass sie „Kenntnis“ davon hatten – ein Gummiparagraf sonder Gleichen. Heute ist jede zweite Klage vor den Sozialgerichten erfolgreich, weil dem Personal in den Jobcentern so viele Fehler unterlaufen. Schwarz-Gelb beschneidet nun die Rechte der Kläger. Gegen fehlerhafte Bescheide sollen sie nur noch innerhalb eines Jahres vorgehen können. Für die „Rechtsstaatspartei“ FDP ist das ein besonders schlimmes Armutszeugnis.

Zur Freude vieler junger Eltern, die von Hartz IV leben müssen, verschicken die Jobcenter schon jetzt Bescheide, in denen ihnen mitgeteilt wird, dass sie ab Januar kein Elterngeld mehr bekommen. Das hat zwar weder der Bundestag noch der Bundesrat schon beschlossen – wen interessiert’s? Undemokratisch und unsozial wird durchgeboxt, was geht und so lange es geht. Die Hartz-IV-Empfänger_innen werden sich schon nicht wehren, für die interessiert sich doch keiner. Glaubt Schwarz-Gelb.

Katharina Ugowski

INTEGRATION IN DIE SPD GESCHEITERT

Warum die Sozialdemokraten für Migrant_innen nicht wählbar sind

Von Mjügan Percin

Im Wechsel vergreifen sich mal CDU und mal SPD Politiker an migrationspolitischen Themen.

Aktuelles Beispiel ist die Debatte um die mangelnde Integrationsfähigkeit von Migrant_innen, die Thilo Sarrazin mit seinem überflüssigen Buch wieder aufgekokocht hat. Für Migrant_innen war das der letzte Tropfen, der das Glas endgültig zum Überlaufen brachte.

SPD hat das Vertrauen der Migrant_innen verspielt!

Nicht nur, dass Thilo Sarrazin ein Ziehkind der SPD ist, nein, seine Thesen treffen in der SPD in erschreckender Weise auf breite Zustimmung. Man könnte fast meinen, die SPD hätte sich über Jahrzehnte ihrer Regierungsverantwortung mit größter Anstrengung darum bemüht Migrant_innen in die Gesellschaft zu integrieren. Leider sei dies aber an eben diesen Migrant_innen gescheitert. Natürlich wissen wir: Dem nicht so ist!

Stiefkindlichens Dasein...

Die SPD hat sich schlichtweg nicht um die Belange der Migrant_innen gekümmert. Migrant_innen führten über Jahrzehnte der SPD-Politik ein stiefkindliches Dasein. Zahlreiche Themen, die Migrant_innen beschäftigen wurden nicht oder nicht im ausreichenden Maße behandelt.

Wenn sich die SPD nun plötzlich das Thema Migration auf die Fahnen schreibt, ist das mehr als nur ungläubwürdig. Es ist eine Alibi-Aktion. Kein ernsthaftes Bemühen um der Migrant_innen willen. Aber das Thema Migration ist zu wichtig, als dass ein Abwarten auf den vielleicht geglückten Erneuerungs- und Öffnungsprozess der SPD sinnvoll wäre. Dafür sind die Strukturen zu fest gefahren.

Grüne als Vorbild!

Wesentlich besser schneiden dabei die Grünen ab. Sie gehen bereits in eigenen Reihen mit bestem Beispiel voran! Nicht nur weil ihr Bundesvorsitzender Cem Özdemir eben genau zu jenen gehört, denen Thilo Sarrazin die Integrationsfähigkeit abschreibt.

Die Grünen haben schon sehr früh die strukturelle Benachteiligung der Kinder mit einem Migrationshintergrund durch das deutsche Bildungssystem erkannt und entsprechende Maßnahmen gefordert. Von Anfang an waren sie für die Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit und sehen Migration mit einem Diversity-Ansatz. Eine Querschnittsaufgabe, die sie in alle Politikbereiche implementieren.

In Anbetracht der positiven Leistungen der Grünen drängt sich für Migrant_innen die Frage auf: Was hat eigentlich die SPD vorzuweisen? Die Antwort der Migrant_innen dürfte wohl lauten: Nichts!

„UNBEQUEME DISKUSSION?“

Integration statt Buschkowsky-Populismus - Zeit für eine neue Politik

Von Katharina Ugowski

Jedes Mal, wenn sich (Noch-)SPD-Rechtsaußen Thilo Sarrazin aus seinem Bundesbank-Vorstandssessel erhob und seine kruden Thesen zur Integration zum Besten gab, war sein Genosse Heinz Buschkowsky rasch zur Stelle. So auch dieses Mal: Kaum erreichte Sarrazin mit seinem Pseudo-Sachbuch „Deutschland schafft sich ab“ die Gemüter auf allen Kanälen, witterte auch Buschkowsky seine Chance, mal wieder in die Schlagzeilen zu kommen.

Bürgermeister als „Basisversther“

Immerhin war Buschkowsky klug genug, sich Sarrazins biologische Thesen von der angeblich genetisch bedingten Integrations- und Bildungsunfähigkeit bestimmter Migrantengruppen nicht direkt zu eigen zu machen. Aber als die SPD-Spitze beschloss, Sarrazin aus der Partei auszuschließen, war ihm das dann doch zu viel. Und so wurde Deutschlands bekanntester Lokalpolitiker wieder einmal seinem Ruf gerecht, den Basisversther zu geben und gegen „die da oben“ zu schießen. Via ARD verkündete er, die Volkspartei SPD

müsse „unbequeme, ärgerliche und störende Diskussionen aushalten“.

Hoppla...

da hatte sich der selbsternannte Integrationsexperte aber heftig vergaloppiert. Oder ist es tatsächlich nur „unbequem“, Muslimen generell eine geringere Intelligenz zu unterstellen? Ist es nur „ärgerlich“ zu behaupten, alle Juden teilten ein bestimmtes Gen? Nein, diese sarrazinschen Thesen sind nichts weniger als offener Rassismus und Antisemitismus. Die SPD-Spitze hat die einzig denkbare Konsequenz gezogen; es ist ihr zu wünschen, dass das Ausschlussverfahren diesmal Erfolg hat. Sarrazins Äußerungen hingegen zu verharmlosen, wie Buschkowsky es getan hat, ist schwer grenzwertig. Das hat er dann doch noch gemerkt, wenn auch spät, und sich via „stern“ deutlich von Sarrazin distanziert. Immerhin.

Chance vertan...

Seiner Bekanntheit und seinem Ruf als Querulant hat Buschkowsky wieder einmal Genüge getan; der Integration von Migrantinnen und

Migranten in Neukölln und anderswo hat er keinen Dienst erwiesen. Dafür wäre eine echte Debatte über die Ursachen von Integrationsproblemen notwendig, doch die mediale Aufregungs- und Aufmerksamkeitswelle ebbt schon wieder ab – und damit auch das politische Interesse. Das am Leben zu erhalten, wäre eine lohnenswerte Aufgabe für Buschkowsky gewesen. Dafür hätte er seine Popularität nutzen können. Hat er aber nicht. Chance vertan.

Ausgrenzung ist unabhängig von Herkunft!

Keine Frage, Deutschland im Allgemeinen und Neukölln im Besonderen hat ein massives Unterschichtenproblem, um es in der von Buschkowsky so geschätzten ungeschminkten Sprache auszudrücken. Dieses Problem zu ethnisieren, wäre ein schwerer Fehler.

Ausgrenzung und Desintegration trifft Arme, sozial Benachteiligte und Bildungsferne unabhängig von der Herkunft. Dass darunter viele Migranten sind liegt daran, dass sie vor Jahrzehnten als billige Arbeitskräfte für einfache Jobs angeworben wur-

den und sich viel zu lange niemand um ihre Bildung und die ihrer Kinder gekümmert hat. Darunter sind auch viele Flüchtlinge und Asylsuchende, die zwar zum Teil gut ausgebildet hier ankamen, aber über lange Zeit vom Arbeitsmarkt fern gehalten wurden, sich somit dequalifiziert haben und den Frust über ihr Nichtwillkommen sein an ihre Kinder weitergegeben haben.

Bildungsferne wird vererbt!

Bildungsferne wird in Deutschland wie in keinem anderen Industrieland vererbt, das belegt jede PISA-Studie. Unser Bildungssystem hat immer noch nicht gelernt, mit der kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt in den Klassenzimmern produktiv umzugehen, sie als Ressource für gesellschaftliche Entwicklung zu nutzen und Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft herzustellen. Ohne gute Bildung für alle aber funktioniert Integration nicht. Wer Integration will, muss sich für längeres gemeinsames Lernen einsetzen, für echte Ganztagschulen, für mehr und besser ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Wir müssen Schulen in

so genannten sozialen Brennpunkten so attraktiv machen, dass bildungsbeflissene Eltern Schlange stehen, um ihre Kinder dort anzumelden.

Debatte auf Augenhöhe anstelle von Polarisierung!

Die gewaltige Hypothek einer über Jahrzehnte verfehlten und vernachlässigten Integrationspolitik abzutragen, ist eine Herkulesaufgabe. Um sie zu lösen, brauchen wir eine Debatte, die in gegenseitigem Respekt und auf gleicher Augenhöhe geführt wird, die Probleme offen benennt, die sich aber gerade nicht mit einfachen Antworten zufrieden gibt.

Beiträge wie die von Sarrazin und Buschkowsky sind da nur kontraproduktiv. Polarisieren hilft nicht weiter, sondern erstickt jede vernünftige Auseinandersetzung im Keim.

In Neukölln regiert Buschkowsky seit nunmehr neun Jahren. Eine Integrationsdebatte, wie oben beschrieben, hat er in dieser Zeit nicht angestoßen. Neukölln kann aber nicht ewig warten. Es wird Zeit für eine andere Politik in Neukölln, nicht nur, aber vor allem auch in Sachen Integration.

Aus dem Falschwörterbuch der Neoliberalen: Bürgergeld

Von Franz Segbers

Ideen, auch gut gemeinte, können sich blamieren, wenn sie zur Wirklichkeit kommen. Sie können aber auch enteignet und umgedeutet werden. Und dies ist der Fall beim Bürgergeld, das von der FDP vorgetragen wird. Es gehört ins Falschwörterbuch der Neoliberalen. Ein Falschwort wird dann zur Hülle, um ein Falschargument zu tarnen. Das FDP-Bürgergeld kommt mit einem Begriff daher, der den erwerbslosen Empfänger von Sozialleistungen zum Bürger erheben will. Sprachgeschichtlich ist der Bürger jemand, der Rechte hat und geschützt ist. (Das zeigt sich in der Nähe zum Wort „Burg“) Das Falschwort „Bürgergeld“ nimmt den Bürgern aber beides: Seine Rechte und seinen sozialen Schutz.

Entscheidender Konstruktionsfehler!

Das durch die Zusammenlegung der früheren Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe neu geschaffene Arbeitslosengeld II hat die Mehrheit der früheren Bezieher und Bezieherinnen von Arbeitslosenhilfe an bzw. unter die Armutsschwelle gedrückt. Welche Untersuchungen man auch immer heranzieht, sie belegen: Ein entscheidender Konstruktionsfehler bei Hartz IV ist eine Pauschalierung, die zu niedrig ist und auf konkrete Lebenssituationen keine Rücksicht nimmt. Unter Negierung der bisherigen Erkenntnisse über notwendige Lebenshaltungskosten wurden die Regelsätze unter das Sozialhilfeniveau abgesenkt. Hartz IV reicht nicht zum Leben und sichert nicht das soziokulturelle Existenzminimum. Dies erzwingt, dass immer mehr Hartz-IV-Bezieher und -Bezieherinnen bereit sind, jede Arbeit zu jedem Preis aufzunehmen. Dass sie es um jeden Preis auch tun müssen, war die erklärte Absicht dieser Arbeitsmarktreform.

Hartz XXL

Das von der FDP propagierte Bürgergeld beseitigt keinen dieser strukturellen Mängel von Hartz IV sondern verschärft sie. Das FDP-Bürgergeld ist Hartz XXL. Nach den Vorstellungen der FDP sollen die bisherigen Sozialleistungen nach der Hartz-IV-Regelung, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, Wohngeld und Kinderzuschlag mit einem pauschalierten Betrag in der Höhe von 622 Euro ersetzt werden. Es ist schon verwunderlich, dass eine liberale Partei, die auf Individualität setzt, dann, wenn es um die Armen geht, Pauschalierungen und Gleichmacherei das Wort redet.

Armut hat viele Gesichter

Wer erwerbslos ist, dem ist nicht mit einem Einheitsbetrag geholfen. Es reicht nicht, dass der Staat Arbeitslose alimentiert. Armut ist ein vielschichtiges Problem und hat viele Gesichter. Nicht jeder braucht das Gleiche. Wer die Miete und andere soziale Ansprüche pauschaliert, verschärft die prekäre Lage, wie zuvor bereits bei Hartz IV und ist ebenso lebensfremd. Doch darüber hinaus sollen auch andere steuerfinanzierten soziale Leistungen des Staates pauschaliert, das heißt im Klartext: gestrichen werden. Das Bürgergeld sieht nur eine medizinische Minimalversorgung vor. Wer darüber liegende Leistungen in Anspruch nehmen will, der muss sie sich auf dem Versicherungsmarkt „eigenverantwortlich“ kaufen.

Finanzpolitik ist nicht gleich Sozialpolitik!

Die FDP setzt auf Leistung, die sich wieder lohnen muss und verdrängt die Bedarfsgerechtigkeit. Deshalb bindet sie die Leistung (des Bürgergeldes) an die Gegenleistung von

Arbeit, die für das Bürgergeld in öffentlichen Beschäftigungsverhältnissen erbracht werden soll. Deshalb ist die Kehrseite des Bürgergeldes auch der Arbeitszwang, der konsequent sanktionsbewehrt ist. Die FDP meint also, materielle Anreize genügen für die Arbeitsmarktintegration. Dabei verwechselt die FDP Finanzpolitik mit Sozialpolitik. Flankierend zur Sicherung der existentiellen und soziokulturellen Bedarfs – der mit 622 Euro im Monat keineswegs gedeckt ist – sind einkommensschwache Menschen auf ein breites Angebot sozialer und arbeitsmarktlischer Dienste angewiesen, damit sie eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen.

Existenzminimum ist mehr als das bloße physische Überleben

Dies bedeutet nicht allein das Ende der Bedarfsgerechtigkeit sondern stellt eine eklatante Verletzung menschenrechtlicher Bestimmungen der sogenannten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte auf „ausreichende Ernährung und soziale Sicherheit“ dar, zu deren Einhaltung sich die Bundesrepublik verpflichtet hat. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Urteilen das Sozialstaatsgebot der Verfassung auf das Existenzminimum bezogen. Aufgabe der Sozialhilfe sei, „einem Hilfebedürftigen zu ermöglichen in der Umgebung von Nicht-Hilfeempfängern ähnlich wie diese zu leben“ (BVerwGE 36, 256, 258). Das Existenzminimum geht also über das bloße physische Überleben hinaus und orientiert sich an einer mittleren Lebenslage und bezieht alles das ein, was für eine Mindestversorgung in den Bereichen Erziehung und Bildung, Gesundheit, Transport, Information, kulturelle Beteiligung, Rechtsschutz und soziale Integration nötig ist.

267 € zum (Über)leben

Der Wegfall jeglicher individueller Zuschläge und die pauschalierten Wohnkosten erzwingen, dass man nach Zuerwerbsmöglichkeiten um jeden Preis zu jedem Preis nachsuchen muss, um einigermaßen überleben zu können. Wer aber dazu nicht in der Lage ist, der wird weiter verarmen.

Was der pauschalierte Betrag wirklich bedeutet, den die FDP mit dem hehren Titel „Bürgergeld“ ehrt, zeigt sich, wenn man nachrechnet: Nach Abzug von 355 Euro durchschnittlicher Wohnkosten bleiben für einen Alleinlebenden gerade einmal noch 267 Euro für alle andere Dinge, die man zum Leben braucht: Nahrung, Kleidung, private Krankenversicherung und der Eigenbeitrag zur Pflegeversicherung. Wird die Gewichtung des bisher schon zu niedrigen Hartz-Regelsatzes von 37 Prozent für Nahrung und Getränke zugrunde gelegt, dann bleiben genau 98,79 Euro für Nahrung und Getränke pro Monat übrig. Ist ein weiterer Kommentar angesichts dieses Zynismus nötig, der sich entpuppt, wenn der Falschbotschaft der Bürgergeldes der Mantel entrissen wird und die nackte Absicht offen zu Tage tritt? Menschen sollen aus purer Not gezwungen werden, jede Arbeit zu jedem Preis zu akzeptieren.

*Prof. Dr. Franz Segbers
Referatsleitung Ethik, Arbeit und Sozialpolitik / Diakonisches Werk in Hessen und Nassau, Professor für Sozialethik am FB Evangelische Theologie an der Universität Marburg*

Literaturhinweis:

Wolfgang Gern / Franz Segbers (Hg), Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt, Erfahrungen aus der Hartz IV-Welt, Hamburg 2009.

Kiezesgespräch zum Thema Mieten

Gelungener Auftakt der Veranstaltungsreihe am 16. September

Am 16. September fand mein erstes Kiezesgespräch statt. Da ich in den Reuterkiez eingeladen hatte, war das Thema auch klar: Es ging um die steigenden Mieten.

Ein Thema, dass die Anwohner_innen zurecht auf die Palme bringt. Zwar kann man immer noch verhältnismäßig günstig wohnen zwischen Maybachufer und Sonnenalle, aber bei den Mietsteigerungen bei Neuvermietungen liegt der Reuterkiez berlinweit vorne.

Das bestätigten auch zwei meiner drei Gäste, Reiner Wild - Hauptgeschäftsführer des Berliner Mietervereins und Willi Laumann - seit über 20 Jahren Bürgerdeputierter der Neuköllner BVV und Mietenexperte. Als Dritten im Bunde hatte ich meinen Abgeordnetenhauskollegen Dirk Behrend eingeladen - rechtspolitischer Sprecher und Direktkandidat aus dem gegenüberliegenden Graefekiez. Er konnte uns schildern, wie die Mietenentwicklung in seinem Kiez die Ursprungsbewohner langsam verdrängt hatte. Die ca. 40 Besucher_innen konnten an diesem Abend auch ihre privaten Sorgen und Nöte mit ihrer Wohnsituation schildern.

Am Ende des Abends war klar, dass hier erstens dringender Handlungsbedarf besteht, wenn wir nicht wollen, dass Menschen im Hartz-IV-Bezug oder mit geringem Einkommen über die nächsten Jahre aus unseren Kiez verdrängt werden.

Und zweitens, dass das nächste Kiezesgespräch bald folgen muss. Deshalb lade ich sie herzlich ein zum Thema „Kinder im Kiez“, Ende November in ihrer Nähe.

Anja Kofbinger

BUCHBESPRECHUNG

Jamaika- und was kommt dann?

Von Michael Schröter

Gilbert zieht los, das große Glück zu suchen. Nach Jahren in der britischen Armee träumt er davon, trotz seiner dunklen Hautfarbe ein ganz normaler Engländer zu sein und in London Erfolg zu haben. Denn: Jamaika hat ihm nichts mehr zu bieten, nachdem er Europa kennen gelernt hat. Regelmäßig trüdeln Erfolgsmeldungen bei seiner hastig geheirateten Frau Hortense ein – und auch sie träumt nun vom besseren Leben jenseits des Ozeans.

Dabei hat es Gilbert nur zu bescheidenem Wohlstand gebracht. Er bewohnt eine einfache Dachkammer, die ihm Queenie, die zurückgelassene Frau eines weißen Soldaten, vermietet hat. Der wiederum lässt lange nichts mehr von sich hören, und Queenie hat ihn bereits abgeschlossen. Gilbert wächst immer mehr in die Rolle eines guten Freundes hinein, was nicht nur bei den Nachbarn für Stirnrunzeln

sorgt. Plötzlich taucht Hortense auf, und sie beobachtet diese Freundschaft misstrauisch mit Argusaugen. Zugleich macht sie die Erfahrung, dass sie, die sich als Lehrerin in Jamaika

ihrer Hautfarbe begegnet. Die Schulbehörde lacht sie nicht nur wegen ihres eigentümlichen Dialektes aus, als sie um Anstellung bittet.

Fast außer Kontrolle gerät die Si-



für eine feine Dame gehalten hat, in London nur noch als Mensch zweiter Klasse gilt. Solidarität erfährt sie nur, wenn sie beim Busfahren Menschen

situation, als Queenies Mann Bernard aus Fernost zurückkehrt. Eben noch wegen Streikaktivitäten und linker Agitation eingesperrt, entpuppt er

sich als eifersüchtiger Rassist. Und als Queenie plötzlich ein farbiges Baby gebärt, richten sich nicht nur seine Attacken gegen Gilbert. Auch Hortense spricht mit ihm kaum noch

ein Wort, während sie für Queenies Baby zu sorgen beginnt. Dabei steckt eine ganz andere Geschichte hinter dieser Geburt, und als schließlich Queenie versucht, mit Geld Gilbert und Hortense die Rückkehr nach Jamaika zu versüßen und diese dabei das Baby mitnehmen sollen, wendet sich überraschend Bernard gegen diesen Plan...

„Eine englische Art von Glück“ von

Andrea Levy verschränkt auf spannende, humorvolle und immer wieder überraschende Weise die Geschichte von zwei sehr ungleichen Paaren im

London der Nachkriegszeit. Die Tochter jamaikanischer Einwanderer lenkt dabei den Blick auf die Ungleichheiten in Großbritannien, aber auch die Unterschiede zum damaligen US-amerikanischen Apartheidsystem. So lässt sich Gilbert von der Gleichberechtigung in der britischen Armee blenden, während weiße amerikanische Kollegen nicht einmal zu Gesprächen mit ihm bereit sind. Subtiler Rassismus, aber auch überraschende neue Freundschaften und Erfahrungen halten sich im Buch die Waage. Und am Ende der Geschichte wird wieder einmal deutlich, dass es im Leben selten einfach die Guten und die Bösen gibt, sondern alles auf kaum zu entwirrende Weise miteinander verstrickt ist...

Andrea Levy: Eine englische Art von Glück. Suhrkamp 2008, 9,90 €

NEUKÖLLNER GESCHICHTE

Stolpersteine erinnern an NS-Opfer

Im letzten November wurden in Neukölln 36 Stolpersteine verlegt, damit ist die Zahl dieser kleinen Gedenksteine in unserem Bezirk auf 76 gestiegen.

Stolpersteine sind die Idee des Künstlers Gunter Demnig. Sie erinnern an die Vertreibung und Vernichtung von Juden, Sinti und Roma, politisch Verfolgten, Homosexuellen, Zeugen Jehovas und Euthanasieopfern im Nationalsozialismus. Es sind kleine Betonsteine mit einer beschrifteten Messingplatte.

Symbolische Verbeugung vor den Opfern

Sie werden vor dem letzten Wohnort der Opfer in den Gehweg eingelassen. 1997 wurden die ersten in Kreuzberg verlegt, heute gibt es über 20.000 Steine in Deutschland, den Niederlanden, Polen und anderen Ländern. Sie sind das weltweit größte dezentrale Mahnmahl. Demnig will NS-Opfern, die in Konzentrationslagern zu Nummern degradiert wurden, ihre Namen zurückgeben. Um die Texte lesen zu können, muss man sich bücken – das ist so gewollt, als symbolische Verbeugung vor den Opfern.

Vor der Silbersteinstraße 97 erinnert jetzt ein Stolperstein an Klara Jacob.



Foto: Bertil Wewer

cob. Sie war Opfer der „Aktion T4“. Das Kürzel steht für die systematische Ermordung von über 100.000 Psychiatrie-Patienten und behinderten Menschen durch SS-Ärzte um 1940. In der Tiergartenstraße 4 befand sich die Zentrale für die als „Euthanasie“ („Gnadentod“) verharmloste systematische Ermordung „lebensunwerten“ Lebens.

Euthanasieopfer

Hierzu zählten die Nazis Erb- und Geistesranke, Behinderte sowie sozial oder rassistisch unerwünschte Personen. Die betreffenden Personen wurden registriert und durch „Gutachter“ unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsfähigkeit selektiert. Die Opfer wurden mit „grauen Bussen“ in

Tötungsanstalten gebracht, wo sie mit Gas oder Gift ermordet wurden. Die Leichen wurden verbrannt und gefälschte Todesurkunden ausgestellt, um Nachforschungen zu behindern. Angehörigen wurden Kosten für Pflege längst ermordeter Menschen in Rechnung gestellt oder es wurden Urnen mit vermeintlicher Asche zugestellt, die auch noch bezahlt werden mussten. Nach Protesten von Heimleitungen, Kirchen und Angehörigen wurde die „Aktion T4“ eingestellt und in eine dezentralisierte Euthanasie übergeführt, die noch wesentlich mehr Opfer forderte.

Bei der Verlegung des Stolpersteins für Klara Jacob sprach ihre Enkelin in bewegten Worten: „Liebe Klara! Wir sind heute hier zusammen gekommen, um Deiner zu gedenken. Ich als Deine Enkelin, aber auch Dein Urenkel ist heute hier dabei. Dein Mann Paul, Dein Sohn Walter und

auch Deine Schwester Gertrud können heute nicht teilnehmen, denn sie sind dort oben, wo Du jetzt bist. Aber dennoch durften sie ihr Leben leben, sie durften alt werden, auch wenn sie ein schweres Leben hatten. Besonders Dein Sohn Walter, der mir immer ein herzlicher und verständnisvoller Vater war. Wir durften Dich leider nicht mehr persönlich kennen lernen, da man Dir kein langes Leben zugestanden hat und schon mit 39 Jahren Dein Leben unfreiwillig beendet hat, weil man Dich für „lebensunwert“ befunden hat. Bis vor einem Jahr kannten wir die genauen Umstände Deines Todes nicht. Jetzt wissen wir über das „wo und warum“ Bescheid und nach 69 Jahren endlich gedenken wir Dir heute mit diesem Stolperstein, in der Hoffnung, dass kranke oder alte Menschen nie wieder gewaltsam getötet werden und sich solche Greuelthaten nicht noch einmal wiederholen.“

Gestiftet werden die Stolpersteine, die 95 Euro kosten, meist von Privatpersonen aus dem In- und Ausland. In diesem Jahr sollen besonders im Umfeld der Karl-Marx-Straße weitere Stolpersteine verlegt werden. Es werden noch Stifter_innen gesucht, die sich daran beteiligen. Bei Interesse wenden Sie sich an die Stachel-Redaktion.

Bertil Wewer

GEDANKEN ZU EHER NACHDENKLICH STIMMENDEN SEITEN NEUKÖLLNS

Der Friedhof am Columbiadamm

Im Rahmen der bündnisgrünen Veranstaltungsreihe „Neuköllns Schöne Seiten“ fand eine Führung über den Friedhof am Columbiadamm statt. Diese war als „kritische Begehung“ mit dem Untertitel „200 Jahre Sterben für das Vaterland“ angekündigt worden und wurde von dem Fotografen Arndt Beck durchgeführt.

Geschichte des Umgangs mit dem Kriegstod

Der Friedhof am Columbiadamm bietet einen vielfältigen Einblick in die Geschichte des Umgangs mit dem Kriegstod, weil auf seinem Gelände im Laufe der Geschichte Zeugnisse des Kriegstod-Gedenkens auch von anderen Plätzen Berlins zusammen getragen worden waren.

Im Jahr 1843, am 40. Jahrestag der Schlacht bei Dennewitz (einer Schlacht im Rahmen der Napoleonischen Kriege), wurde der „Friedhof in der Hasenhaide“ feierlich eingeweiht, nachdem im Jahr 1813 bereits zahlreiche deutsche und französische Lazarett-Tote in einem Massengrab verscharrt worden waren. In den 60er-Jahren des 19. Jahrhunderts erfolgte die Einweihung des direkt angrenzenden „Neuen Garnisonsfriedhofs“, des heutigen Friedhofs am Columbiadamm.

Deutsche Kolonialgeschichte

Auch ein Zeugnis deutscher Kolonialgeschichte bietet sich der interessierten Friedhofsbesucherin: ein Gedenkstein für die Anfang des 20. Jahrhunderts im damaligen „Deutsch-Süd-West-Afrika“ (dem jetzigen Namibia) getöteten sieben Angehörigen des „Franz-Garde-Grenadier-Regiments“. Dieser Stein wurde erst im Oktober 2009 durch einen weiteren

Gedenkstein für die zahllosen ermordeten Herero und Nama ergänzt, wobei jedoch lediglich von „den Opfern der Kolonialherrschaft“ und von „Kolonialkrieg“ die Rede ist. Die Nennung der Begriffe „Völkermord“ bzw. „Genozid“ wird auch auf diesem neuen Gedenkstein schamhaft vermieden.

Den größten Anteil an den Gräbern und dieses Friedhofs von Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft machen jedoch die Gräber aus dem Ersten Weltkrieg aus, für dessen Opfer hier auch mehrere Denkmäler zu finden sind.

Ein besonders bemerkenswertes Monument ist das des „Garderegiments zu Fuß Nr. 2“, das „im siegreichen Sturmangriff tödlich getroffenen Handgranatenwerfers“. Dies zeigt einen knieenden jungen Soldaten, der in dem Moment, in dem er eine Handgranate werfen will, offenbar durch eine Kugel tödlich getroffen worden ist. Zu dem Zeitpunkt der Führung war der Statue kurz zuvor der Kopf abgeschlagen worden; sollte dies eine „politisch motivierte“ Aktion gewesen sein, hat sich jedoch niemand dazu bekannt.

Ein zweites auffallendes Ehrenmal ist das des „Königin Augusta

Garde-Grenadier-Regiments Nr. 4“, welches den auf einem steinernen Podest liegenden und mit einem Tuch bedeckten Leichnam eines Soldaten zeigt. Auf der rechten Seite des steinernen Leichnams ist folgende Inschrift zu lesen: „Wir starben, auf dass



Foto: Arndt Beck

Deutschland lebe, so lasset uns leben in Euch!“ Ein relativ typischer Spruch auf einem Kriegerdenkmal, möchte man meinen – der Blick wird jedoch von dieser Inschrift abgelenkt durch die drohend geballte Faust des Toten, die unter dem Leichentuch schräg darüber hervorragt. Ein „Gefallener“ als untoter Racheengel? Man empfindet diese Art der Darstellung als hart an

der Grenze zum Makabren. Auf der anderen Seite des Podestes befindet sich eine glatt gemeißelte Fläche. Hier hatte sich bis zum Jahr 1946 folgende Inschrift befunden: „Exoriare aliquis ex ossibus ultor“ – ein Ausspruch aus Vergil's Aeneas, zu deutsch: „Aus meinen Gebeinen möge dereinst ein Rächer erstehen“. Der untote Kriegsheld ist eine Verkörperung der Dolchstoßlegende.

Mehr noch: wer sollte dieser „Rächer“ sein? Einer, der nur zwei Jahrzehnte später einen weiteren, noch barbarischeren Krieg begann? Perfide, wie der sinnlose Tod einer Generation ideologisch umgedeutet wurde zur Legitimation für die Wegbereitung für noch größere Kriegsgräueltaten und Massenmorde in der nachfolgenden Zeit.

Der Umgang mit dem gewaltsamen Tod im Krieg ist ein Thema, von dem kaum eine Familiengeschichte verschont geblieben ist. Dass in der heutigen Zeit jedoch durch die „Verteidigung unseres Landes am Hindukusch“ der Tod junger Menschen im Krieg (oder im „kriegsähnlichem Zustand“ – für die Getöteten macht es letztendlich keinen Unterschied...) unversehens wieder zur gnadenlosen Aktualität wird, macht es umso wichtiger, sich verstärkt und sehenden Auges mit der jüngeren deutschen Geschichte auseinander zu setzen.

Offenbar wurde in allen Zeitaltern versucht, diesem sinnlosen und grausamen Sterben von Menschen, deren

Leben noch nicht wirklich begonnen hatte, nachträglich Sinn zu verleihen, indem man es als heldenhaftes Selbstopfer glorifizierte.

Die Fähigkeit zu trauern

Plätze wie der Friedhof Columbiadamm können unter diesem Aspekt außerordentlich lehrreich für kritische Betrachter_innen sein. Sie mahnen



Foto: Arndt Beck

uns dazu, uns die Fähigkeit zu Trauern zu erhalten.

Susanne Lippert

Tipp zum Weiterlesen:

Arndt Beck / Markus Euskirchen: Die beerdigte Nation. „Gefallenen“-Gedenken von 1813 bis heute. Karin Kramer Verlag, Berlin, 2009

NEUKÖLLNS GRÜNE SEITEN

Der Garten als Begegnungsstätte – interkulturelle Gärten in Berlin

„Die gärtnerische Arbeit gilt als ein Heilmittel, das hilft, Ordnungen und Rhythmen wieder herzustellen, die beschädigt worden oder abhanden gekommen sind.“ (Jürgen Dahl)

Der Garten als Hilfe zur selbstbestimmten Integration

Dieser Gedanke liegt der Idee der interkulturellen Gärten zugrunde. Ein Garten bedeutet eine selbstbestimmte Aufgabe und Lohn der Mühen in der Ernte. Die Arbeit im Garten stärkt das Gefühl, das eigene Leben zu gestalten. In interkulturellen Gärten treffen sich Bewohner_innen von Nachbarschaften oder Quartieren zur gemeinsamen Bewirtschaftung auf vorher brach liegenden Freiflächen. Häufig gibt es einen Lehmofen zum gemeinsamen Brotbacken, einen Grillplatz, Spiel- und Erholungsflächen, gemeinsame Feste. Der Garten bietet Zusammengehörigkeit – jenseits von Kulturunterschieden und Sprachhürden –, aber auch Raum für Vielfalt in der individuellen Gartengestaltung. Speziell Migrant_innen geben Gärten ein Stück Raum zu Selbstgestaltung, auf dem sie Pflanzen aus ihrer früheren Heimat anbauen können und so einen Ort der neuen Verwurzelung finden. So können sie Herkunft bewahren und gleichzeitig als Bereicherung an die Gemeinschaft weitergeben. Im Garten erfahren Migrant_innen eine Möglichkeit der selbstbestimmten Integration.

Nutzungsoption für Tempelhofer Feld

In Berlin existieren über 15 solcher interkultureller Gärten. Sie haben unterschiedliche Größen und beziehen je nach Bezirk unterschiedliche Migrantengruppen mit ein. Die Gärten kooperieren mit zahlreichen Initiativen, Vereinen und Projekten der lokalen Agenda 21, meist verfolgen sie ökologische und soziale Ziele, beispielsweise als Schulgärten oder Generationengärten. Besondere Schwerpunkte hat zum Beispiel der Interkulturelle Heilgarten in Moabit, in dem die Gartenarbeit therapeutisch bei der Behandlung von Folteropfern genutzt wird. Ein anderes Beispiel einer Spezialisierung ist der Interkulturelle Garten Hermsdorfer Fließtal, der Möglichkeiten zur Beobachtung der Brutpflege von einheimischen Vögeln anbietet. In Neukölln gibt es den IKG „Perivoli – Unser Garten“ in Britz, der 2004 als deutsch-griechischer Garten begann und mittlerweile eine multikulturelle Gärtnerschaft vereint. Seit 2007 gibt es außerdem den „multikulturellen Nachbarschaftsgarten Neukölln e.V.“ auf dem Gelände des



Flughafen Tempelhof am Columbiadamm.

Gartenkulturpfad Neukölln

An dieser Stelle sei auf den ‚Gartenkulturpfad Neukölln‘ hingewiesen; ein Gemeinschaftsprojekt des Fördervereins der August-Heyn-Gartenarbeitsschule e.V., dem KulturNetzwerk Neukölln e.V. und dem Natur- und Grünflächenamt des Bezirks Neukölln. Diese Initiative hat Routen für fünf Stadtpaziergänge zur Erkun-

dung der grünen Seite Neuköllns erarbeitet und ausführlich beschrieben; die Rundwanderwege umfassen zwischen 5 und 12 km und führen Garten- und Naturinteressierte unter anderem durch bekannte Grünanlagen wie die Hasenheide, den Körnerpark und den Dörferblick, machen sie aber auch mit weniger bekannten grünen Oasen des Bezirks wie dem Rudower Wäldchen und den Britzer Pfuhlen bekannt.

Ein gesamter hier beschriebener Rundwanderweg ist dem Britzer Garten gewidmet. Diese weitläufige und

beliebte Gartenanlage im südlichen Neukölln feierte in diesem Jahr ihren 25sten Geburtstag.

Ehemaliges BUGA-Gelände als grüne Oase Süd-Neuköllns

Der ca. 90 ha große Britzer Garten, der aus der Bundesgartenschau von 1985 hervorgegangen ist, bietet vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung; beispielsweise eine Anlegestelle für Modellboote, eine Drachenwiese sowie – in der letzten kalten Jahreszeit ausgiebig nutzbar – eine Rodelbahn. Zweimal im Jahr findet im Britzer Garten eine besondere Blütenattraktion statt: die Tulpenschau ‚Tulipan‘ im Frühsommer sowie das frühherbstliche ‚Dahlienfeuer‘.

Nähere Informationen zum Gartenkulturpfad Neukölln finden Sie unter <http://www.gartenkulturpfad-neukoelln.de/>

Monika Roth / Susanne Lippert



Beide Fotos: Susanne Gulich

Neues aus Neubritz

Sanierungsgebiet aufgehoben - interkulturelles Frühstück ein voller Erfolg!



Zwei Pferdekutschen führten am 17. September zu großem Aufsehen in Neubritz: Passanten blieben stehen, Kinder staunten mit großen Augen und mancher Autofahrer versuchte,

die Kaltblüter aus der Schorfheide genervt zu überholen. Die Kremserfahrt bildete den Abschluss des Sanierungsgebietes Wederstraße, das durch Beschluss vom 11. Juli 2010 formell aufgehoben wurde. Statt einer drögen Ausstellung hatten die Stadtplaner_innen im Bezirk und der Sanierungsbeauftragte eine Kutschfahrt zu den Highlights wie Carl-Weder-Park, Jugendberatungshaus, Gewerbegebiet Juliusshof, Schulgarten, „Kulturbunker“ und Zü-

rich-Grundschule organisiert. Rund 39 Mio. EUR wurden in 15 Jahren Sanierung in das 23,9 ha große Gebiet mit seinen 2.120 Einwohnern investiert. Doch der Sprecher der ehemaligen Betroffenenvertretung und Vorsitzende des Nachfolgevereins proNeubritz, Bertil Wewer, meint, dass sich trotz städtebaulicher Erfolge die soziale Lage der Menschen nicht verbessert hat. Deshalb bedarf es rund um die Wederstraße des Einsatzes weiterer Mittel wie die aus dem Programm „Aktionsräume plus“.

Am 20. September eröffneten die Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold (Grüne) und der Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) als einen der letzten Bausteine der Sanierung die Spiel- und Bewegungsfläche für Hortkinder sowie einen Raum für herausreichende Jugendarbeit im Jugendberatungshaus in der Glasower Straße. Schnell nahmen die Kinder die neuen Spielgeräte in Beschlag und Kinder der Kita Kleiner Fratz zeigten ihr Können mit einer Tanzeinlage.

Bei strahlendem Sonnenschein organisierte das KranoldWederNetz, ein Zusammenschluss von Kitas, Schulen und anderen sozialen Einrichtungen, am 22. September bereits zum zweiten Mal ein interkulturelles Frühstück auf dem Kranoldplatz, das auch in diesem Jahr gut von den Anwohner_innen angenommen wurde.

Bertil Wewer



Alle Fotos: Bertil Wewer



UNTER DER LUPE



Stadtumbau WESTrel

Unter dem Projektnamen „Neukölln ans Wasser“ hat Stadtrat Blesing, zuständig für alles, was mit Bauen und Umbauen in Neukölln zu tun hat, kürzlich ein Vorhaben vorgestellt, das die Neuköllner Biergartenseligkeit neu definiert.

Während sonst üblicherweise Verweilmöglichkeiten in Grün- und sonstigen Anlagen mit der Befürchtung konfrontiert (und dann oft abgelehnt) werden, solcherlei Ruheplätze würden nur dem bezirklichen Trinker-Milieu zu neuen Örtlichkeiten verhelfen, soll hier mit Mitteln des Stadtumbau West „eine Treppe mit Steganlage an der Sonnenbrücke Ecke Ziegrastraße den öffentlichen Raum aufwerten“. Diese Treppenanlage soll nicht nur den Zugang zum Wasser sichern, sondern lädt auch zum Verweilen ein. Und dieses Verweilen sichert gastronomisch – natürlich – das anliegende Hotel Estrel, denn es betreibt ja dort ohnehin schon einen Biergarten. Keine Estrel-Erweiterung also (!), nur ein etwas anderer kreativer Stadtumbau, ein Stadtumbau West`rel. 800.000 Euro lässt der Senat sich diese Maßnahme kosten... Die Hotelgäste werden es ihm danken, und auch die Neuköllnerinnen und Neuköllner?

Doch wehe, wenn Neuköllner Bezirksverordnete, auch solche von der FDP, wollen, dass auf dem Gelände des Bürgeramtes Blaschkoallee für die Wartenden der dort ansässigen Dienststellen des Bezirksamtes Bänke in der Grünanlage aufgestellt werden. Hier befürchtet der Bezirksbürgermeister in seiner ablehnenden Stellungnahme, dass „das Gesamtbild der Liegenschaft durch ... auf den Bänken verweilende Menschengruppierungen getrübt würde.“

Auch würden die Bänke Menschen anziehen, die gar keine Dienstleistungen in Anspruch nehmen, sondern dort ihre Freizeit verbringen wollen. Auf Grund der mit Sicherheit entstehenden unschönen Begleiterscheinungen wie Vermüllung, Vandalismus und Alkohol verzehrende Gruppierungen muss das Bezirksamt davon absehen, Anreize zur Entstehung solch ungewünschter Situationen zu schaffen.“

Und vor solcherlei Gefahren direkt am Hotel Estrel hat das Bezirksamt keine Angst?? Recht so, Herr Bezirksbürgermeister, predigen Sie nur weiterhin Wasser und lassen Sie die „Estrel-Neuköllner“ Wein trinken..., in der Stadtumbau-West-geförderten Treppen- und Biergartenanlage vor dem Estrel.

Jürgen Biele

Popráci - Strohballenrollen 2010



Foto: Bernd Szczepanski

Am Samstag, den 11. September, war es wieder soweit: zum dritten Mal fand die - der Legende nach - alte Tradition des Rixdorfer Strohballenrollens statt. Wie in den beiden Vorjahren waren auch die Neuköllner Bündnisgrünen wieder mit einem Roll-Team dabei. Unter den 20 teilnehmenden Menschaften waren wir in diesem Jahr die einzige Partei - es ist eben kein Wahlkampf.

Bei traditionell strahlendem Sonnenschein nutzten wir das Strohballenrollen um unter dem Motto „Ballenstroh statt Atomstrom - Laufzeitverlängerung schnell wegrollen“ für die große Anti-Atom-Demo am kommenden Samstag zu mobilisieren.

Zwar erreichten wir in der Vorrunde die zweitbeste Zeit, verschenkten aber nach schlechten Erfahrungen im Vorjahr wichtige Punkte beim Zieleinlauf und konnten uns daher nicht für's Finale qualifizieren. Wir beglückwünschten alle Sieger und bedankten uns beim ganzen Popráci-Team für das tolle Fest. Es hat wieder richtig viel Spaß gemacht!

Jochen Biedermann

Denkmal der Vielfalt eingeweiht

Was verbinden wir mit unserem Bezirk war die Frage, der jungen Neuköllner_innen unter der Anleitung der Künstlerin Carolina Keckemety nachgegangen sind. Herausgekommen ist das Denkmal der Vielfalt mit dem Motto „Neukölln ist alles“. Das beeindruckende Kunstwerk wurde am 12.9. von den Stadträtinnen Gabi Vonnekold (Jugend, Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Franziska Giffey (Bildung, SPD) auf dem Platz der Stadt Hof enthüllt. Dort wird es jedoch nicht dauerhaft stehen - wir setzen uns aber dafür ein, dass das Denkmal an verschiedenen Orten im Bezirk ausgestellt wird.



Fotos: Jochen Biedermann

HILFE AUF ZWEI RÄDERN

Ambulanzfahräder für Windhoek

Zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit herrschen in Namibia weiterhin große soziale Gegensätze. In Katutura, dem mit 316.000 Einwohnern bevölkerungsreichsten Bezirk von Windhoek, leben viele Kinder mit alleinerziehenden Müttern. Die Arbeitslosenrate liegt bei 80%. Jeder zweite Einwohner hat nicht mehr als 1,30 Euro täglich zum Leben.

Um hier Arbeit zu schaffen und die Wirtschaft aufzubauen, kann die Förderung des Radverkehrs ein wirkungsvolles Instrument sein. Ein Fahrrad ist kostengünstig und umweltfreundlich. In der Entwicklungszusammenarbeit ist es als ernstzunehmendes Verkehrsmittel inzwischen anerkannt, denn es befördert viermal mehr Gewicht, bewegt sich doppelt so schnell und doppelt so weit wie ein Fußgänger.

Das Bicycling Empowerment Network BEN, das vor fünf Jahren in Windhoek gegründet wurde, sammelt gebrauchte Räder aus aller Welt. BEN-Namibia unterstützt den Aufbau von Fahrradwerkstätten im ganzen Land und bildet Fahrradmechaniker_innen aus. Ausgebildete Mechaniker_innen setzen gebrauchte Räder instand. Mit denen werden Gesundheitshelfer_innen und andere ausgestattet. Die Werkstätten reparieren nicht nur, sondern bauen auch selbst. Um Kranke oder Schwangere zu transportieren, wurde etwa das sogenannte Ambulanzrad entwickelt. Das ist eine Krankentrage auf Rädern, die als Anhänger von einem Fahrrad gezogen wird.

Einigen Berliner_innen gefiel die dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ folgende Arbeit von BEN besonders

gut: Wir wollten dafür werben und führen am Tag der Umwelt bei der ADFC-Sternfahrt mit einem nachgebauten Ambulanz-Rad mit. Unterstützt wurde die Aktion durch die Fraktion der Grünen im Abgeordnetenhaus und die Bezirksgruppe der Neuköllner Grünen.

Damit der Radverkehr in und um Katutura deutlich steigen kann, ist noch einiges zu tun. Räder, Ersatzteile und Zubehör für die Werkstätten werden ebenso benötigt wie Anregungen für alternative Verkehrskonzepte. Der Straßenverkehr in Windhoek muss für Radfahrer sicherer werden, diebstahlsichere Abstellanlagen sind erforderlich und das allgemeine Bewußtsein für die Bedeutung des Radverkehrs muss wachsen.

Unterstützer_innen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissen-

schaft und Verwaltung sind zur Mitarbeit ausdrücklich eingeladen.

Kontakt: christian.koelling@gruene-neukoelln.de

Mehr zu BEN-Namibia: <http://www.benbikes.org.za/namibia/>

Christian Kölling



Fahrradmechanikerin in Windhoek

